



Meldung Ministerium: Land erleichtert Bauvorhaben der Bundeswehr

Haag: Was bei der Bundeswehr geht, muss auch im Wohnungsbau gehen

FDP/DVP-Fraktion fordert gleiche Entschlossenheit der Landesregierung beim Abbau landesrechtlicher Hürden für Wohnungsbauprojekte

Zur Pressemitteilung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen, wonach Bauvorhaben der Bundeswehr erleichtert werden sollen, erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, **Friedrich Haag**:

„Es ist bemerkenswert, dass die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen die Bundeswehr von allen materiell-rechtlichen Vorschriften des Landes – wie etwa dem Bauordnungsrecht oder dem Denkmalschutz – befreien will. Ich begrüße ausdrücklich, wenn auf diese Weise unbürokratische Lösungen gefunden werden. Das ist ein sinnvoller Beitrag zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes.

Ich frage mich jedoch: Wo bleibt dieser Pragmatismus beim Wohnungsbau? Was bei der Bundeswehr geht, muss auch im Wohnungsbau gehen. Gerade in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt wäre es richtig, auch dort Bauprojekte, die dringend benötigten Wohnraum schaffen, von überzogenen landesrechtlichen Vorschriften zu befreien. Stattdessen verlängert die Ministerin immer wieder die ineffektive Mietpreisbremse – ein Symbol dafür, dass sie lieber Symptome verwaltet, als die Ursachen anzugehen.

Bauordnungsrecht, Denkmalschutz und überzogene Naturschutzauflagen sind oft echte Bauverhinderer. Diese Auflagen kritisch zu hinterfragen würde in den Fokus rücken, worum es wirklich geht: bezahlbaren Wohnraum durch weniger Bürokratie, statt durch staatliche Eingriffe und ineffiziente Preisbremsen.“